



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER APRIL 2022

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstr. 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

wir erleben gerade eine Zeitenwende. Der Überfall Putins auf die Ukraine hat unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine gebracht. Familien werden auseinander gerissen, Menschen sterben, sitzen in Trümmern, U-Bahn-Stationen oder sind auf der Flucht. Wir liefern Waffen und helfen wo es geht, müssen aber trotzdem darauf achten, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden und einen 3. Weltkrieg zu riskieren. Wir machen uns immer schuldig, um des Friedens Willen.

Ich bin froh, dass wir einen sehr besonnenen Kanzler haben, der immer wieder zum Telefonhörer greift und mit Putin telefoniert. Es muss alles unternommen werden, dass der Krieg aufhört.

Wir sehen aber auch, wie eng die Wirtschaftsverbindungen sind. Die Ukraine ist mit ihren Schwarzböden die Kornkammer Europas — und auch Hauptlieferant für Kabelbäume unserer Autos.

Wir werden mehr in Rüstung investieren und gleichzeitig unsere Vorhaben umsetzen, die wir vor dem 24. Februar auf der Tagesordnung hatten. Diese Woche haben wir den Haushalt im Bundestag eingebracht. Gut 160 Mrd. Euro geben wir für Soziales aus. Davon 116 Mrd. Euro in die Rente — Jahr für Jahr. Das ist richtig und wichtig. Wir brauchen einen starken Staat und einen starken Sozialstaat.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Dein

3



Corona:
Neue Schutzmaßnahmen

7



Ukraine: Hilfen aus der EU
und von Deutschland

10



Bundshaushalt 2022:
Investitionen in Sicherheit

14



3 x Bahnhof
in Lohr

KLARTEXT

100 MILLIARDEN FÜR BUNDESWEHR



Es war ein Paukenschlag, als Olaf Scholz 100 Milliarden für die Bundeswehr verkündete. Drei Tage nach dem Überfall Putins auf die Ukraine erklärte er die Zeitenwende in seiner Regierungserklärung. Ich un-

terstütze diesen Kurs, weil wir es bisher oft für selbstverständlich gehalten haben, dass wir von Freunden umzingelt sind. Der eigentliche Sinn von Europa ist das einzigartige Friedensprojekt. Wir haben das gar nicht mehr wert geschätzt. Jetzt ist Europa verbunden und geeint wie nie. Schade, dass es dazu eines Krieges bedurfte.

Deutschland hat nicht genug in die Bundeswehr investiert. Der Frieden hat uns wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand gebracht. Jetzt sehen wir, dass wir verwundbar sind. Ich selber habe in meiner Eisenbahnzeit viel militärisches Gerät verladen. Ich kenne fast alle Verladerampen und Kasernen in Nordbayern und hatte Maße und Gewichte von Ketten- und Radfahrzeugen im Kopf.

Seit Verteidigungsminister von Guttenberg, Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel wurde die Bundeswehr kaputt gespart. Seit vier Jahren unter Finanzminister Olaf Scholz wurde der Wehretat kontinuierlich auf über 50 Mrd. Euro pro Jahr gesteigert. Jetzt werden wir ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro zur Verfügung stellen: Ein „Sparbuch“, um die Bestellungen von Panzern, Flugzeugen, Hubschraubern, Schiffen und auch langen Unterhosen zu bezahlen. Dass Letztere oftmals fehlen, liegt nicht am Geld, sondern am umständlichen Beschaffungswesen. Deshalb muss auch dort neu strukturiert werden.

Unsere Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat eine Mammutaufgabe vor sich. Es müssen halt wieder Sozialdemokraten ran, damit sich etwas verbessert. Also: Es ist richtig, dieses Sondervermögen von 100 Mrd. für eine moderne und gut ausgestattete Bundeswehr auf den Weg zu bringen und es ist auch richtig, 2 Prozent des BIP für unsere Soldatinnen und Soldaten auszugeben. Sie beschützen unser Land, helfen beim Impfen oder beim Hochwasser. Ich danke für ihren Dienst.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

KONKRETE ENTLASTUNGEN BESCHLOSSEN

Heizkostenzuschuss wird verdoppelt:

- Es gibt eine deutliche Steigerung des Heizkostenzuschusses für Single-Haushalte auf 270 Euro für Wohngeld-Empfänger
- Für einen Zwei-Personen-Haushalt gibt es 350 Euro, für jedes weitere Familienmitglied 70 Euro.
- BAföG-Empfängerinnen sowie Auszubildende, die staatliche Hilfen erhalten, bekommen 230 Euro.
- Die Auszahlung erfolgt automatisch, ohne extra Antrag.
- Hierfür werden 370 Mio Euro spätestens zum Ende des Jahres, wenn die Nebenkostenabrechnungen anstehen, ausbezahlt.

EEG-Umlage wird vorzeitig abgeschafft:

- Aktuell machen ca. 40 % des Strompreises Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Davon entfallen 11 % auf die EEG-Umlage.
- Schneller als ursprünglich geplant, wird die EEG-Umlage nun schon zum 1. Juli 2022 abgeschafft.
- Die Preissenkung muss an die Kunden weitergegeben werden.
- Die Transparenz wird erhöht: Stromlieferanten werden dazu verpflichtet, den Betrag, um den sich die Stromrechnung durch die gesenkte EEG-Umlage gemindert hat, in der nächsten Rechnung gesondert auszuweisen.

+++

Weiteres Maßnahmenpaket beschlossen!
So entlasten wir Verbraucher:innen

+++

- 300 Euro Energiepreispauschale für Erwerbstätige**
- 90 Tage ÖPNV für 9 Euro pro Monat**
- 200 Euro für Empfänger:innen von Transferleistungen**
- Familienzuschuss: 100 Euro pro Kind**
- Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate runter**

SPD
Fraktion im
Bundestag

ENTLASTUNGEN

MAßNAHMENPAKET BESCHLOSSEN

Die gestiegenen Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Menschen zu einer Belastung geworden. Mit unseren Koalitionspartnern haben wir uns daher auf umfassende Entlastungen geeinigt. Dieses Maßnahmenpaket wird unbürokratisch und schnell umgesetzt, um die gestiegenen Energiekosten abzufedern. Dies wurden im Koalitionsausschuss beschlossen:

- 300 Euro Energiepreispauschale für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige erhalten einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung
- eine 90-Tage-ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat für alle Bürgerinnen und Bürger, die das nutzen wollen
- 200 Euro für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen (100 Euro zusätzlich zu der bereits beschlossenen Corona-Hilfe in Höhe von 100 Euro, siehe Seite 5)
- ein Einmalbonus für jedes Kind in Höhe von 100 Euro
- die Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monaten auf das europäische Mindestmaß

Diese Entlastungen kommen zusätzlich zu den bereits beschlossenen Corona-Hilfen, die ich auf Seite 2 und 5 dargestellt habe.

All diese Maßnahmen ändern nichts daran, dass wir die Unabhängigkeit von russischen Energieimporten erreichen müssen, indem wir den Energieverbrauch senken, die Energieeffizienz steigern und unsere Energiequellen diversifizieren. Letztlich gewährleistet aber nur der maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien unsere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Zwei Socken

21.03.: Welt-Down-Syndrom-Tag



Seit 2006 gibt es den Welt-Down-Syndrom-Tag am 21. März. Bei Menschen mit Down-Syndrom ist das 21. Chromosom dreifach vorhanden.

Weltweite Aktionen sollen an diesem Tag die Aufmerksamkeit auf Menschen mit dieser Behinderung lenken. Was es dabei mit den zwei verschiedenen Socken auf sich

hat? Diese wurden zum Symbol des Aktionstages, weil ein Chromosom die Form einer Socke hat. Mit dem Tragen zwei verschiedener Socken am 21. März soll gezeigt werden, dass jeder Mensch einzigartig ist.

Ich finde es gut, dass das Deutsche Down-Syndrom-InfoCenter ein Bündnis für die Ukraine ins Leben gerufen hat, um fliehende Menschen mit Down-Syndrom und ihre Angehörigen zu unterstützen. Ausführliche Informationen gibt es mit Klick auf das Foto.





CORONA

NEUE SCHUTZMAßNAHMEN

Mit dem neuen Infektionsschutzgesetz werden den Ländern passgenaue Schutzmaßnahmen ermöglicht — je nach Infektionsgeschehen und Belastung des Gesundheitssystems.

Am 19. März liefen die im Infektionsschutzgesetz (IfSG) vorgeschriebenen Corona-Schutzmaßnahmen aus. Das heißt, dass die Rechtsgrundlage für Maßnahmen von Bund und Ländern gegen die Verbreitung von COVID-19 endete.

Deshalb hat der Bundestag Mitte März ein überarbeitetes Infektionsschutzgesetz verabschiedet. Der Grundgedanke dahinter ist: So viel lockern wie möglich, aber schnell reagieren können, wenn nötig. Wenn die Fallzahlen sinken, wenn die Todeszahlen sinken, wenn keine Überlastung des Gesundheitssystems droht – dann können wir auf tiefgreifende Einschränkungen in unserem Alltag verzichten. Aber im Zweifel müssen die Länder passgenaue Schutzmaßnahmen bei Bedarf wieder oder weiter gelten lassen können.

Innerhalb der Koalition war es lediglich möglich, sich auf ein Mindestmaß an Basismaßnahmen zum Schutz vulnerabler Gruppen zu verständigen. Darüber hinaus konnte die SPD-Fraktion jedoch sicherstellen, dass den

Ländern mit der Hot-Spot-Regelung weiterhin ermöglicht wird, einem dynamischen Infektionsgeschehen gezielt zu begegnen. Dieser Kompromiss war notwendig, weil sonst die bestehende gesetzliche Grundlage für alle bisherigen Infektionsschutzmaßnahmen ersatzlos ausgelaufen wäre. Das nun überarbeitete Infektionsschutzgesetz beruht im Wesentlichen auf zwei Säulen:

Basisschutz:

Die Landesregierungen können ohne die Zustimmung ihrer jeweiligen Landtage allgemeine Schutzmaßnahmen verordnen für Bereiche, in denen besonders schutzbedürftige Gruppen betreut werden oder in denen die Ansteckungsgefahr besonders hoch ist. Dieser Basisschutz sieht folgende Maßnahmen vor:

- Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken oder medizinischen Masken in Einrichtungen für gefährdete Menschen wie Kliniken, Pflegeheimen und Praxen sowie in Gemeinschaftseinrichtungen etwa für Asylbewerber
- Maskenpflicht im ÖPNV
- Testpflichten in Einrichtungen für gefährdete Menschen wie Kliniken und Pflegeheimen sowie in Schulen und Kitas
- Bundesweit bleiben soll die Maskenpflicht in Fernzügen und Flugzeugen

„Hot-Spot-Regelung“:

Die Länder können — nach Zustimmung ihres Landesparlaments — entscheiden, ob sie zusätzliche Corona-Schutzmaßnahmen bei regionalen Ausbrüchen in Kraft setzen. Dazu wurden sogenannte „Hot Spots“ definiert. Diese können je nach Größe des Ausbruchs Landkreise bis hin zu ganzen Bundesländern sein.

Wenn im „Hot Spot“ z. B. neue Virusvarianten auftreten, wenn die Infektionszahlen steigen und daher die Krankenhäuser in einer Region oder einem Gebiet zu überlasten drohen, kann die Landesregierung u.a. mit den folgenden Maßnahmen reagieren:

- Verpflichtung zum Tragen von FFP2-Masken oder medizinischen Masken in weiteren Bereichen, darunter auch Schulen

- Abstandsgebote von mindestens 1,50 Metern im öffentlichen Raum, insbesondere in öffentlich zugänglichen Innenräumen

- Zugangsregeln mit Nachweisen nur für Geimpfte und Genesene (2G) oder für Geimpfte, Genesene und Getestete (3G)

Vorgesehen ist eine zweiwöchige Übergangszeit, um Regelungs- und Schutzlücken zu vermeiden. Demnach können bisherige Regelungen der Länder wie weitergehende Maskenpflichten oder 2G und 3G bis 2. April bestehen bleiben — ausgenommen sind etwa Kontaktbeschränkungen oder Teilnehmer-Obergrenzen.



© pixabay | iXimus

Die Impfung bleibt zentrale Schutzmaßnahme

Auch wenn das überarbeitete Infektionsschutzgesetz den Ländern die notwendigen Instrumente an die Hand gibt – die zentrale Maßnahme zum Schutz jeder und jedes Einzelnen und der Gemeinschaft bleibt die Impfung. Zusätzlich zu den in mehr als ausreichender Zahl zur Verfügung stehenden mRNA-

Impfstoffen von BioNTech und Moderna können sich die Bürgerinnen und Bürger seit kurzem auch mit dem Impfstoff von Novavax impfen lassen. Er ist aufgrund seines Wirkprinzips eine wirksame Alternative für all jene, die den mRNA-Impfstoffen gegenüber skeptisch sind.

Die Impfung ist und bleibt das wirksamste Mittel für ein Ende der Pandemie.

CORONA SOZIAL ABFEDERN

Die Änderung des sogenannten „Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetzes“, das pandemiebedingte Mehrbelastungen abfedern soll, sieht vor:

- Ab dem 1. Juli 2022 bekommen fast 2,9 Millionen von Armut betroffene Kinder 20 Euro zusätzlich im Monat. Dieser **Kindersofortzuschlag** ist ein wichtiger Schritt hin zur Einführung einer Kindergrundsicherung.
- Erwachsene Leistungsberechtigte, die Leistungen nach SGB II, SGB XII, Bundesversorgungsgesetz oder Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, erhalten im Juli 2022 eine erneute **Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro**.
- Weitere Entlastungen werden wir im Ausschuss für Arbeit und Soziales prüfen. Mit der **Einführung des Bürgergeldes** 2023 werden wir dann auch grundsätzlich über die Höhe der Leistungen sprechen müssen.

KAB-GESPRÄCH AKTUELLES AUS DER ARBEITSWELT



Wir teilen den Einsatz für Arbeitnehmende und christliche Werte als Richtschnur unseres Handelns: Die Rede ist von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). Bei einem Fachgespräch habe ich mich mit Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft der bayerischen KAB-Diözesanverbände zu aktuellen Themen aus der Arbeitswelt ausgetauscht. [Hier](#) geht es zum Bericht auf meiner Homepage.





RASSISMUS

BEDROHUNG FÜR ZUSAMMENLEBEN

Zum Start der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ Mitte März erinnerte ich auf Facebook daran, wie wichtig gegenseitiger Respekt für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist. Rassismus ist 365 Tage im Jahr eine Bedrohung für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Also lasst uns gemeinsam Haltung und Flagge zeigen gegen jede Form von Rassismus — an jedem Tag!

Der Aktionsplan Rechtsextremismus ist eine klare Antwort im Kampf gegen Hassbotschaften und Rassismus. Wir sorgen dafür, dass Betroffene zukünftig besser geschützt sind und mehr Unterstützung erhalten. Die Ermittlungsbehörden sollen sensibilisiert und die Opferfürsorge ausgebaut werden.

Mit dem Demokratiefördergesetz stärken wir langfristig die Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Unsere moderne Gesellschaft ist plural und das muss sich auch in der Öffentlichkeit niederschlagen, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen. Dafür wird in dieser Legislaturperiode ein Partizipationsgesetz mit dem Leitbild „Einheit in Vielfalt“ realisiert und das Staatsbürgerschaftsrecht modernisiert.



TERROR-OPFER

GEDENKTAG AM 11. MÄRZ

Erst vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung die Einführung eines Nationalen Gedenktages für die Opfer terroristischer Gewalt beschlossen, der nun jährlich am 11. März begangen wird.

Islamistische, rechtsextremistische und linksextremistische Anschläge haben in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik großes Leid verursacht. Der Gedenktag trägt dazu bei, das Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen in unserem gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Es wird "ein Tag der Erinnerung, des Mitgefühls, aber auch der Mahnung sein, mit aller Entschlossenheit gegen terroristische Bedrohungen vorzugehen", erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Ich bin unserer Bundesinnenministerin dankbar, dass sie den Kampf gegen Extremismus sowie gegen verfassungsfeindliche und gewaltbereite Bestrebungen wesentlich entschiedener verfolgt, als es zuletzt der Fall war. Der 11. März als Nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt knüpft übrigens an den Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus an, der nach den Bombenanschlägen in Madrid vom 11. März 2004 eingeführt wurde. Die EU gedenkt seit 2005 jährlich den Opfern terroristischer Gräueltaten weltweit.



UKRAINE

WIE EUROPA & DEUTSCHLAND HELFEN

Die Europäische Union hat schnell, stark und geschlossen auf den Krieg in der Ukraine reagiert. Seit Beginn der Invasion hat sie massive Sanktionen verhängt, umfassende Hilfsmaßnahmen eingeleitet und finanzschwere Hilfspakete geschnürt. Ein Überblick von [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de):

Sanktionen

Die Europäische Union hat gemeinsam mit ihren internationalen Partnern massive Sanktionen gegen Russland beschlossen. Sie zielen insbesondere darauf, die russische Wirtschaft und die politische Elite massiv zu schwächen. Die Sanktionen zeigen bereits Wirkung. Diese Bereiche sind betroffen: Finanzen, Energie, Transport, Industrie, Visavergabe sowie individuelle Einschränkungen von Personen und Einrichtungen. [Ausführliche Informationen zu den Sanktionen gegen Russland](#)

Defensivwaffen

Die Europäische Union liefert erstmals Waffen in ein Krisengebiet. Ein am 27. Februar von der EU [beschlossenes Paket](#) sieht 450 Mio. Euro für direkte Waffenlieferungen und weitere 50 Mio. Euro für Ausrüstung, wie etwas Treibstoff und Schutzausrüstung, vor. Weitere 500 Mio. sind bereits beschlossen.

Humanitäre Hilfe

Die EU stellt zur Bewältigung der humanitären Folgen dieses Krieges sowohl innerhalb als auch außerhalb der Ukraine mindestens 500 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt zur Verfügung. Bereits 90 Millionen Euro hat die EU als [Soforthilfe](#) zur Verfügung gestellt, davon gehen 85 Mio. an die Ukraine und 5 Mio. an Moldau. Dies dient der Versorgung mit Nahrung, Wasser und medizinischer Hilfe.

Schnelle Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

Die [EU-Richtlinie](#) über den Schutz der Kriegsflüchtlinge wurde aktiviert. Der Schutzstatus bedeutet:

- Aufenthaltsrechte für drei Jahre ohne Asylverfahren
- Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Wohnraum
- Sozialleistungen und medizinische oder sonstige Hilfe
- Schulbildung für Kinder und Jugendliche

EU-Katastrophenschutzverfahren

Die EU koordiniert die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten medizinischen Hilfsgüter und Katastrophenschutzmittel. Ganz konkret heißt das: Bedürftige in der Ukraine und in den Nachbarländern Polen, Slowakei und Moldau werden mit Fahrzeugen, medizinischer Ausrüstung, Zelten, Decken und Schlafsäcken versorgt. Ein wesentlicher [Beitrag der Hilfsgüter](#) kommt aus den Beständen von rescEU, einem von der EU angelegten Notfallbestand an Hilfsmitteln.

Aufnahmekapazitäten der EU-Staaten

Durch verschiedene, umfangreiche Maßnahmen unterstützt die EU die Mitgliedsstaaten bei der [Aufnahme von Kriegsflüchtlingen](#): Die EU hat eine Solidaritätsplattform geschaffen, über welche die Mitgliedsstaaten sich über ihre Aufnahmekapazitäten austauschen können.

Verschiedene EU-Webseiten stellen Infos für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine bereit, z.B. zu Aufnahmeverfahren, Sozialleistungen, etc.



Die EU-Mitgliedstaaten können zudem aus EU-Fonds für den Zeitraum 2021-2027 erhebliche zusätzliche Mittel erhalten, um angemessene Aufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten.

Weitere Hilfsmaßnahmen für Kriegsflüchtlinge

Das EU-Programm CARE soll die [Unterstützung von Kriegsflüchtlingen](#) aus der Ukraine aus verschiedenen EU-Fonds ermöglichen: So können umfassende Investitionen in Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, und in die grundlegende materielle Unterstützung gewährleistet werden.

Aus dem Wiederaufbaufonds (REACT-EU) stehen zudem etwa 10 Mrd. Euro bereits jetzt zur Verfügung.

Die EU hat die Ukraine auch in der Vergangenheit schon finanziell unterstützt

Auch bislang hat die EU die Ukraine mit einer weitreichenden [finanziellen Unterstützung](#) in Form von günstigen Krediten und Zuschüssen gestärkt.

Seit 2014 haben die EU und die europäischen Finanzinstitutionen der Ukraine über 17 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung gestellt.

Im Zeitraum von 2014 bis 2021 wurden zudem 350 Mio. Euro an humanitärer Hilfe durch die Mitgliedstaaten, über 1 Milliarde Euro an EU-Notfall- und frühe Wiederaufbauhilfe und 193 Mio. Euro an humanitärer Hilfe durch die EU bereitgestellt.

... und wie hilft Deutschland seit 2014?

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine seit vielen Jahren und in großem Umfang. Allein seit 2014 investierte Deutschland rund zwei Milliarden Euro, um das Land zu stabilisieren. Deutschland ist und bleibt „unverändert der größte finanzielle Stabilisator der Ukraine“, so Bundeskanzler Olaf Scholz. Welche Hilfe die Bundesrepublik im Detail leistet – ein Überblick:

Gesellschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen wurden insbesondere in den Bereichen Konflikt-Monitoring, Kon-

fliktbearbeitung, Versöhnungs- und Dialogmaßnahmen sowie dem Schutz von Zivilisten und Rechtsstaatsförderung unterstützt – mit 44,4 Mio. Euro seit 2014.

Allein aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit hat Deutschland die Ukraine seit 2014 bereits mit mehr als einer Milliarde Euro unterstützt.

Weiterhin ist Deutschland neben den USA mit rund 186 Millionen Euro seit 2014 auch größter bilateraler Geber von humanitärer Hilfe, die unter anderem zur Entminung und Entsorgung von Kampfmittelrückständen eingesetzt wird. Deutschland ist überdies mit 11,5 Millionen Euro auch größter Einzahler in den 2019 von den UN eingerichteten humanitären Länderfonds Ukraine.

Auch bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützt Deutschland die Ukraine, zum Beispiel mit Schutzmitteln, Beatmungs- und Diagnostikgeräten oder Impfstoffen im Gesamtwert von rund 63 Millionen Euro. Ferner stellte Deutschland 2020 mehr als 24 Millionen Euro für die Bewältigung der Covid-19 Pandemie in der Ukraine bereit.

Zusätzlich hat Deutschland überdies gemeinsam mit den USA einen „Grünen Fonds“ für die Ukraine eingerichtet. Hierbei geht es darum, Investitionen in Höhe von mindestens einer Milliarde US-Dollar zu fördern und zu unterstützen, darunter auch von dritter Seite, etwa aus dem Privatsektor.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

www.instagram.com/bernd_ruetzel

www.bernd-ruetzel.de



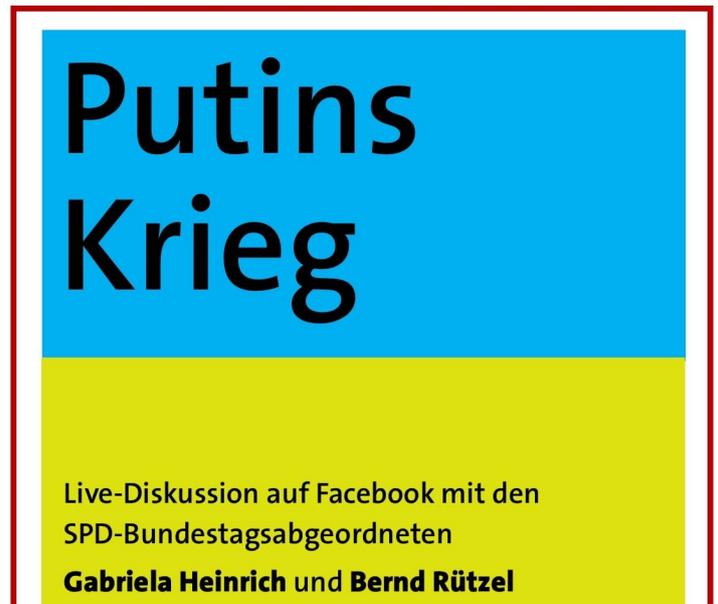
ZEITENWENDE

ONLINE-VERANSTALTUNG

Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg und die Drohungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin gegen den Westen wird Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit mit Milliardenaufwand erhöhen. Dazu kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und eine deutliche Aufstockung der jährlichen Verteidigungsausgaben an. Doch was bedeutet das konkret für die deutsche Sicherheitspolitik? Darüber habe ich live auf Facebook mit meinem Kollegen Christoph Schmid gesprochen. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses hatte er viel zu berichten. Mit



Klick auf das Sharepic geht's zum Video.



PUTINS KRIEG

ONLINE-VERANSTALTUNG

Einen Tag nach der sonntäglichen Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit der denkwürdigen Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin sprach ich live auf Facebook mit der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Gabriela Heinrich (Nürnberg), über die aktuelle Lage und Entwicklung in der Ukraine. Gabriela ist in der SPD-Bundestagsfraktion für Außenpolitik, Entwicklungshilfe, Verteidigung und Menschenrechte zuständig und war so die ideale Gesprächspartnerin für uns. Das Gespräch



kann online auf meinem YouTube-Kanal angeschaut werden. Einfach auf das Sharepic klicken.

TV-STAMMTISCH

DER KRIEG IN DER UKRAINE

Putins Krieg war auch Thema beim Stammtisch von TV Mainfranken am 4. März im Würzburger Ratskeller. Zum Video geht's mit einem Klick auf das Foto.





© Gerd Altmann | pixabay

HAUSHALT 2022

INVESTITIONEN IN SICHERHEIT

In dieser Woche beraten wir den Bundeshaushalt für 2022. Die parlamentarischen Beratungen werden überlagert von großen Krisen: die finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie, die Klimakrise und die Folgen des Angriffskrieges durch Putin auf die Ukraine. Insbesondere die Auswirkungen des Ukrainekrieges müssen in einem Ergänzungshaushalt abgebildet werden.

Zum einen, weil wir den Menschen in der Ukraine und den flüchtenden Ukrainerinnen und Ukrainern helfen müssen, zum anderen, weil wir den Folgen des Krieges und der notwendigen Sanktionen gegen Putins Regime im Bundeshaushalt Rechnung tragen müssen. Das Signal dieses Bundeshaushaltes wird klar sein: Deutschlands Sicherheit im Wandel hat höchste Priorität.

Sicherheit heißt für uns als SPD-Fraktion vor allem auch soziale Sicherheit. Von den 457,6 Milliarden Euro, die der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts an Ausgaben vorsieht, gehen 160,1 Milliarden in den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Und wenn wir uns die über 160 Milliarden für Arbeit und Soziales genauer anschauen, sehen wir, dass davon 116,2 Milliarden Euro in die Deutsche Rentenversicherung und in die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminder-

ung fließen. Das ist natürlich sehr viel Geld, aber es ist auch sehr gut ausgegebenes Geld.

Für die Grundsicherung von Menschen im SGB II, im Alltag oft Hartz IV genannt, werden 30,7 Milliarden Euro veranschlagt, zusätzlich werden noch 9,9 Milliarden für die Eingliederung von Arbeitslosen und für Verwaltungskosten gebraucht.

Neben solchen Mammutaufgaben werden im Haushalt für den Bereich Arbeit und Soziales aber auch Gelder hinterlegt für die Inklusion von Menschen mit Behinderung, die Unfallversicherung Bund und Bahn, die Sprachförderung, die Künstlersozialkasse, Integrationsprojekte, Fachkräftesicherung und vieles mehr.

Ich halte es für entscheidend, auch in herausfordernden Zeiten nicht zulasten der sozialen Sicherung zu sparen. So sichern wir in schwierigen Zeiten gesellschaftlichen Zusammenhalt und zeigen, dass sich die Menschen auf unseren Sozialstaat sowie eine gute und nachhaltige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verlassen können.

Steuerliche Entlastungen ab 01.01.2022:

- Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro
- Anhebung des Grundfreibetrags für 2022 um 363 Euro auf 10.347 Euro
- Vorziehen der bis 2026 befristeten Anhebung der Entfernungspauschale für Fernpendler und der Mobilitätsprämie für Geringverdiener
- Maßnahmen des [Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes](#)

Soziale Unterstützung:

- Coronazuschuss von 100 Euro für Bedürftige
- Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder von 20 Euro pro Monat ab 1. Juli 2022
- Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende, Studierende, Schülerinnen sowie Auszubildende mit unterstützenden Leistungen



7. MÄRZ

EQUAL PAY DAY 2022

Seit seiner Einführung in Deutschland 2008 hat sich nichts daran geändert: Der Equal Pay Day zeigt uns eindrücklich, dass unser Ziel — gleicher Lohn für gleiche/gleichwertige Arbeit — noch lange nicht erreicht ist. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 18 Prozent weniger als Männer.

Wir kämpfen weiter für Lohngleichheit: Dazu braucht es vor allem das Recht auf Entgelttransparenz. Denn nur wenn Entgeltdiskriminierung aufgedeckt wird, kann sie auch beseitigt werden. In Deutschland gilt deshalb seit Juli 2017 das Entgelttransparenzgesetz. Danach können Arbeitnehmerinnen in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten das eigene Gehalt mit dem Gehalt von Kollegen (in entsprechender Tätigkeit) vergleichen lassen.

Erfahrungen mit dem Gesetz zeigen, dass hier nachgebessert werden muss. Wir werden daher das Entgelttransparenzgesetz um die sog. Prozesstandschaft erweitern. So müssten Beschäftigte ihre Rechte nicht mehr selbst geltend machen, sondern könnten sich dafür auch an Verbände wenden.



Viele weitere Hintergrund-Infos auf den Seiten des Bundesfamilienministeriums gibt es mit einem Klick auf das Foto.



8. MÄRZ

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Der Internationale Frauentag am 8. März ist ein wichtiger Tag für die Demokratie, denn die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört für uns zum Fundament einer freien Gesellschaft. Gerade jetzt gilt, dass wir unseren entschlossenen Kampf für die Demokratie und unsere Werte fortsetzen. Dazu gehört:

- den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ambitioniert weiter zu entwickeln,
- die Istanbul-Konvention als wichtigstes völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen Gewalt an Frauen vollständig umzusetzen,
- das Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen und ihre Kinder abzusichern, mit verlässlicher Finanzierung von Frauenhäusern und Stärkung der Gewaltprävention,
- die Streichung des §219a aus dem Strafgesetzbuch, damit Ärztinnen und Ärzte öffentlich und straffrei über Schwangerschaftsabbrüche informieren können,
- die Schließung aller sogenannten „Gender Gaps“, wie beispielsweise der Lohnlücke (siehe links).



BR-WAHLEN

BIS 31. MAI MITMACHEN!

Seit Anfang März laufen die bundesweiten Betriebsratswahlen. Bis zum 31. Mai können Beschäftigte ihr Recht auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz ausüben. Als ehemaliger Betriebsrat sage ich: Nutzt dieses Recht, bringt Euch ein und lasst Euch zur Wahl stellen. Der Einsatz für Arbeitskolleginnen und -kollegen, die Belegschaft und die gemeinsamen Interessen im Betrieb ist wichtig und bringt auch persönlich weiter.

Mir ist der Austausch mit Betriebsräten und der Einsatz für starke Betriebsräte weiter sehr wichtig. Mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz haben wir erst im vergangenen Jahr u.a. für Erleichterungen bei der Wahl von Betriebsräten gesorgt und den Schutz der daran beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt.



Wie die Situation in Unterfranken ist, ist beispielhaft im Mainpost-Artikel nachzulesen. Einfach auf das Foto klicken.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

www.instagram.com/bernd_ruetzel

www.bernd-ruetzel.de



120 TAGE

ZWISCHENFAZIT IM MAIN-ECHO

Nach den ersten 120 Tagen der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hat das Main-Echo meine fünf



Kolleginnen und Kollegen aus dem Mainviereck und mich dazu befragt. Mit Klick auf das Foto geht es zum Artikel.

STIPPVISITE

IM SPD-BÜRO ASCHAFFENBURG



Zwischen zwei Terminen in Aschaffenburg ein Kurzbesuch in der SPD-Geschäftsstelle bei Geschäftstellenleiterin Helga Raab-Wasse und Aschaffenburgs SPD-Vorsitzenden Manuel Michniok. Danke für Eure Arbeit!



© Büro Bernd Rützel

PRAXISBEZUG

IN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE

Exzellente Lehre und Forschung mit praktischem Bezug – das gibt es an der Technischen Hochschule (TH) Aschaffenburg, wovon ich mich bei meinem Besuch mit Mitgliedern der SPD Aschaffenburg bei Präsidentin Prof. Dr. Eva-Maria Beck-Meuth und den Vizepräsidenten Prof. Dr. Holger Paschedag und Prof. Dr. -Ing. Klaus Zindler wieder einmal überzeugen konnte.

Ich halte die Verzahnung von Theorie und Praxis in der Hochschularbeit für sehr wichtig. Nicht zuletzt geht es darum, durch Forschung Erkenntnisse zu gewinnen, die praktischen Fortschritt und Lösungen für Zukunftsfragen unserer Zeit in vielen Bereichen bringt.



Mit Klick auf das Foto geht es zum ausführlichen Artikel auf meiner Homepage.



MAIN PROJECT

ARBEITSWELT IM WANDEL

Mein Meister sagte in meiner Ausbildung: „Macht Euch fünf Jahre einen guten Namen und ruht Euch das restliche Arbeitsleben darauf aus.“ Ich weiß nicht, ob das jemals so war, aber heute stimmt das ganz sicher nicht mehr. Wir müssen uns alle lebenslang weiterbilden und dazulernen.

TV Mainfranken hat ein Gespräch aus der Reihe „Main Project TV“ ausgestrahlt, in dem Joachim Schmitt von der Technischen Hochschule Aschaffenburg seinen Kollegen Prof. Dr. Georg Rainer Hofmann vom Informationsmanagement Institut IMI der TH Aschaffenburg und mich zur Transformation in der Arbeitswelt und der dafür notwendigen Weiterbildung befragt.



Mit Klick auf das Foto startet das Video in der Mediathek von tvn.

BEI DER DRV

IN WÜRZBURG

Rente, Altersvorsorge, Prävention und Reha — das waren unsere Themen bei meinem Gespräch bei der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern in Würzburg.



Deutsche
Rentenversicherung

Nordbayern

Vielen Dank für das gute Gespräch. Mit einem Klick auf das Logo geht es zum Bericht auf meiner Homepage.



© Büro Bernd Rützel

BAHNHOF LOHR

BARRIEREFREIHEIT

Im März traf ich mich erneut mit Mitgliedern des Seniorenbeirates der Stadt Lohr und dem SPD Ortsverein am Bahnhof in Lohr. Denn immer wieder erreichen mich Schreiben zur Barrierefreiheit an unseren Bahnhöfen, immer wieder lasse ich mir die Probleme zeigen, immer wieder habe ich bei der Bahn nach — so auch für Lohr. Seit Jahren machen wir uns für Verbesserungen stark und wir machen weiter, wie wir es miteinander besprochen haben: Denn die Anliegen sind berechtigt. Es ist gut, dass sich viele für mehr Barrierefreiheit einbringen!

REAKTIVIERUNG STADTBAHNHOF

Die erste Hürde auf dem Weg zur Reaktivierung des Lohrer Stadtbahnhofs ist genommen. In einem ersten Schritt galt es, für die Bayerische Eisenbahngesellschaft das Fahrgastpotenzial auf der Strecke vom Bahnhof zum Stadtbahnhof zu ermitteln. Das Kriterium von mindestens 1.000 Fahrgästen pro Tag wurde deutlich übertroffen.

Gemeinsam mit der Lohrer SPD setze ich mich seit Jahren für eine Reaktivierung des Stadtbahnhofs ein, wie auf dem Bild von 2019 zu sehen ist. [Hier](#) geht's zum Artikel im Main-Echo zur neuesten Entwicklung in der Sache. Und [hier](#) zu unserer Pressemitteilung aus dem Mai 2019.



© SPD Lohr

VIDEO-BERATUNG IM TEST

Seit vergangenem Herbst ist wieder eine persönliche Beratung und Fahrkartenverkauf im Bahnhof Lohr möglich — per Videokonferenz. Begeistert erklärte mir eine Seniorin, die das Angebot regelmäßig nutzt, den Ablauf und zeigte mir alles. Ich bin positiv überrascht:

- Die Bedienung ist einfach.
- Die Beraterin am anderen Ende der (Video-)Leitung war laut und deutlich zu verstehen — und zudem äußerst freundlich.
- Die Öffnungszeiten decken die ganze Woche ab: Mo: 7 - 19 Uhr, Di - Fr: 7.30 - 19 Uhr, Sa: 8 - 15 Uhr und So: 9 - 14 Uhr.



Mit einem Klick auf das Foto gibt es jede Menge Infos zu den Video-Reisezentren der Deutschen Bahn.



© SPD Lohr



BEG-KONZEPT

RE BLEIBT AUF MAINSCHIENE

Es ist gut für Main-Spessart und die gesamte Region, dass der Regionalexpress (RE) zwischen Würzburg und Lohr weiter auf der Strecke entlang des Mains bleibt und nicht auf die Schnellfahrtstrecke verlagert wird.

Diese Pläne sind vom Tisch, wie Verantwortliche der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) in den letzten Tagen bekannt gegeben haben. Was auch sonst. Denn eine Verlagerung auf die Schnellfahrtstrecke hätte bedeutet, dass zwischen Gemünden und Würzburg nur noch eine Regionalbahn (dann „S-Bahn“) gefahren wäre. Vor allem für Pendlerinnen und Pendler hätte das gravierende Folgen. Auch der umsteigefreie Anschluss nach Frankfurt und Bamberg wäre weggefallen.

Eine „S-Bahn Mainfranken“ darf Regionen nicht gegeneinander ausspielen und muss eine echte Verbesserung im ÖPNV anbieten. Gut, dass wir frühzeitig und überparteilich darauf aufmerksam gemacht haben.



Mit Klick auf das Foto geht es zum Artikel in der Mainpost.



JUNGE ÄRZTIN

ÜBERNIMMT PRAXIS IN PARTENSTEIN

Gute Nachrichten tun immer gut. So auch die Neuigkeit, dass die Partensteiner Hausarztpraxis erhalten bleibt. Schon seit 1. März ist dort eine Ärztin in der Praxis von Wolfgang Nätscher (im Bild 2. v.r.) aktiv und wird diese dann zu gegebener Zeit übernehmen.

Immer wieder habe ich mich gemeinsam mit vielen anderen, darunter der SPD Ortsverein Partenstein, für den Erhalt ausgesprochen und eingebracht. So auch zuletzt in einigen Detailfragen zur möglichen Umsetzung des Übergangs der Praxis an die Ärztin. Umso größer ist die Freude, dass es nun endlich eine Lösung gibt. Das Plakat im Fenster kann jetzt also abgenommen werden.

Ein großes Dankeschön geht an alle, die mit dafür aktiv waren — und natürlich an Wolfgang Nätscher, der immer wieder verlängert hat, um die Menschen vor Ort nicht im Regen stehen zu lassen.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

www.instagram.com/bernd_ruetzel

www.bernd-ruetzel.de

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-
Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische
Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Krieg war für uns bisher vor allen Dingen eines: weit weg. Die vergangenen Wochen haben uns schmerzhaft gezeigt, dass Frieden und Sicherheit auch bei uns in Europa sehr zerbrechlich sind. Putins menschenverachtender Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die friedliche Ordnung, wie wir sie seit dem Ende des Kalten Krieges kennen, schwer erschüttert. Dieser Krieg ist ein sinnloses Blutvergießen. Und die täglich neuen, schrecklichen Bilder von Zerstörung und Leid machen fassungslos und traurig.

Zugleich ist es überwältigend zu sehen, wie sehr die Menschen hierzulande geschlossen gegen den Krieg zusammenstehen: Die vielen Kundgebungen, Friedensmärsche und Gebete auch hier bei uns am Untermain setzen ein starkes Zeichen. Ergreifend ist auch die Welle spontaner Hilfsbereitschaft in der Region: Spenden werden gesammelt, Hilfskonvois organisiert, Türen und Herzen geöffnet, um Geflüchtete bei sich aufzunehmen. Diese gelebte Mitmenschlichkeit ist großartig. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben inzwischen ihre Heimat verlassen. Besonders an den Bayerischen Grenzen kommen immer mehr Schutzsuchende an, vor allem Frauen und Kinder. Ihnen Schutz zu gewähren, ist unsere humanitäre Pflicht. Ohne Wenn und Aber. Auch wenn sich die Geflüchteten wohl nichts mehr als das wünschen: Eine schnelle Rückkehr in die Heimat wird für viele nicht möglich sein, viele werden dauerhaft bleiben. Doch wie geht es für sie wei-

ter? Hier wäre die Staatsregierung mit einer vorausschauenden Planung gefragt: Kitas und Schulen müssen auf die Ankunft von Kindern ohne Sprachkenntnisse, oftmals aber mit psychischen Belastungen, vorbereitet werden.

An den Schulen sind mehr Lehrerinnen nötig, wir brauchen Clearingstellen, die den Leistungsstand der Schüler erheben, um sie in die passenden Schulformen eingliedern zu können. Deutschkurse, Eingliederung in den Arbeitsmarkt – all dies muss vorbereitet werden.



Hierfür müsste ein bayerischer Krisenstab eingerichtet werden, den die SPD-Landtagsfraktion bereits vor Wochen gefordert hat. Die abwartende Haltung der Staatsregierung ist in diesem Punkt nicht nachvollziehbar.

Putins Krieg in der Ukraine bringt aber auch andere Themen mit neuer Dringlichkeit aufs Tableau: Stichwort Energiewende. Denn nicht nur der Klimawandel, sondern auch sicherheitspolitische Erwägungen zwingen uns, unabhängiger von Öl- und Gasimporten zu werden – und den Ausbau erneuerbarer Energien massiv zu beschleunigen. Dazu gehört auch eine sofortige Abschaffung der 10H-Abstandsregel beim Bau von Windrädern. Meine Fraktion hat die Staatsregierung nun aufgefordert, bis Ostern einen entsprechenden Eckpunkteplan vorzulegen.

Für eine gestaltende, menschliche und vorausschauende Politik in dieser aktuellen Krise setze ich mich gemeinsam mit meiner Fraktion nachdrücklich ein.

Herzlichst, Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

buergerbueero@martina-fehlner.de